

Der Bürgermeister

**Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit**

Pressestelle

Johan Bodnar
Pressesprecher

Telefon
(03334) 64 – 512
Telefax
(03334) 64 - 519

Hausanschrift
Breite Straße 41 - 44
16225 Eberswalde

E-Mail
pressestelle@eberswalde.de
(nur für formlose
Mitteilungen ohne digitale
Signatur)

Internet
www.eberswalde.de

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr. 24/2021 vom 08. März 2021

Bürgermeister besucht zum Frauentag das Eberswalder Arbeitsgericht

Bürgermeister Friedhelm Boginski besuchte am 8. März 2021 das Eberswalder Arbeitsgericht und gratulierte den anwesenden Mitarbeiterinnen zum Frauentag. In diesem Zusammenhang nahm sich der Bürgermeister auch die Zeit für persönliche Gespräche, um mit den Mitarbeiterinnen über die persönlichen Konsequenzen für sie im Falle einer tatsächlichen Schließung des Standortes zu reden.

"In Potsdam wird aus meiner Sicht der Blick auf die Betroffenen vollkommen vernachlässigt. Mit der Überlegung, das Eberswalder Arbeitsgericht zu schließen, sind weitreichende Konsequenzen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbunden. Wohnorte, Anfahrtswege, das soziale Umfeld - die Schließung einer Einrichtung ist eben mehr als nur ein Datum in einer Akte. Dahinter stehen Menschen und deren Schicksale. Daher war es mir besonders wichtig, direkt mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen", so der Bürgermeister.

Am morgigen 9. März 2021 soll der Entwurf von Justizministerin Susanne Hoffmann zur Reform der Arbeitsgerichtsbarkeit im Kabinett behandelt werden, um dann sogleich im Landtag für die erste Lesung eingebracht zu werden. Mit zahlreichen Aktionen, unter anderem gemeinsamen Schreiben mit den Bürgermeistern der sechs Mittelzentren im Nordosten Brandenburgs an den Ministerpräsidenten sowie einer Online-Petition zum Erhalt des Arbeitsgerichtes, setzt sich Bürgermeister Boginski seit Bekanntwerden der Pläne gegen die Schließung ein. „Die Schließung hätte Konsequenzen für alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Region und auch Frau Hoffmann kann nicht einfach ignorieren, dass die geplante Reform auf große Ablehnung quer durch die Bevölkerung stößt“, ergänzt das Stadtoberhaupt Eberswaldes.